

Zusammenstellung von Widerstands- und Protestaktionen und Stellungnahmen in den Philippinen vom 01.02. – 28.02.2013, zusammengestellt aus Pressemitteilungen der KMU (Kilusang Mayo Uno, Gewerkschaftsbewegung des 1. Mai)

Zur leichteren Lesbarkeit des Textes hier die Erklärung zu Namen und Begriffen, die im Text immer wieder vorkommen:

KMU = Kilusang Mayo Uno (Gewerkschaftsbewegung des 1. Mai, kämpferischer gewerkschaftlicher Dachverband auf den Philippinen)

DFA-KMU = Föderation der KMU für Arzneimittel, Ernährung und ähnliche Dienste, eine Assoziation der KMU

NAFLU-KMU = National Federation of Labor Unions = Nationale Föderation von Arbeitergewerkschaften

PISTON = Pagkakaisa ng Samahang Tsuper, Vereinigung der Fahrer, ein Mitglied der KMU

Elmer Labog bzw. Ka Bong = Vorsitzender der KMU

Joselito Ustarez bzw. Lito = stellvertretender Exekutivvorsitzender der KMU

Rogelio Soluta bzw. Roger = Generalsekretär der KMU

Nenita Gonzaga = KMU-Vizepräsidentin für Frauen

Anakpawis Partylist (fortschrittliche Parteiliste der unterdrückten Massen, im Kongress vertreten)

Cherry Clemente = Generalsekretärin der Anakpawis Parteiliste

Bayan = sinngemäß das Volk, breiter Zusammenschluss von verschiedenen fortschrittlichen Organisationen mit ungefähr 1 Million Mitgliedern

Kadamay = Organisation der städtischen Armen, verbunden mit der KMU

Gabriela = breites Frauenorganisationsbündnis mit ca. 150.000 Mitgliedern

Anakbayan = fortschrittliche Jugendorganisation des Volkes

Courage = gewerkschaftlich orientierte Organisation der Regierungsangestellten

Migrante = fortschrittliche Organisation für die Anliegen der Migranten

Benigno Simeon Aquino III bzw. Noynoy = derzeitiger Staatspräsident

Gloria Macapagal Arroyo bzw. GMA oder Gloria = frühere Staatspräsidentin

Philippine Airlines bzw. PAL = philippinische Luftfahrtsgesellschaft, die sich im Besitz des Tycoons Lucio Tan befindet

PALEA = gewerkschaftlicher Zusammenschluss der PAL-Angestellten

NDFP = Nationaldemokratische Befreiungsfront der Philippinen, die unter der Führung der Kommunistischen Partei der Philippinen steht

GPH = Regierung der Philippinen

VFA = Visiting Forces Agreement = Besucherstreitkräfteabkommen bzw. Stationierungsabkommen mit den USA

ECOP = Employers Confederation of the Philippines, philippinischer Arbeitgeberverband

AmCham = American Chamber of Commerce, amerikanische Handelskammer

Regional Wage Boards bzw. RWB = regionale Lohnbehörden

CBA = Collective Bargaining Agreement, kollektive Verhandlungsvereinbarung, CBA's werden auf der Einzelbetriebsebene abgeschlossen, es gibt in den Philippinen keine für einen Konzern oder eine Branche geltende Tarifverträge

ECOLA = emergency cost of living allowance bzw. Arbeiter-Notlagenunterstützung

CCT = Conditional Cash Transfer program bzw. An Bedingungen geknüpftes Barauszahlungsübertragungsprogramm, die KMU nennt es ein Almosenprogramm

PPP = Public Private Partnership, Öffentliche-Private-Partnerschaftsprogramme, wie sie auch hierzulande bekannt sind, bei denen z.B. Gemeinde viel drauf zahlen müssen

CARPER = Comprehensive Agrarian Reform Program Extension bzw. umfassendes Agrarreformausdehnungsprogramm

Department of Labor und Employment bzw. DoLE = Ministerium für Arbeit und Beschäftigung

Assumption of jurisdiction bzw. AJ = wörtlich Übernahme der Gerichtszuständigkeit, gemeint ist damit die Möglichkeit zu Anordnungen des Ministeriums für Arbeit und Beschäftigung, mit denen z.B. Streiks verboten werden können

OPL bzw. Oplan Bantay Laya (ein schönfärberisch als Operation Freiheitswache bezeichnetes Aufstandsbekämpfungsprogramm)

Oplan Baynihan, Nachfolgeprogramm des OPL, im Kern das gleiche Aufstandsbekämpfungsprogramm wie unter der Arroyo-Regierung, aber mit raffinierten Phrasen getarnt, was schon bei dem Namen Baynihan = Nachbarschaftshilfe anfängt

SONA, state on nation adress = Erklärung zur Lage der Nation durch den regierenden Präsident

SLEX bzw. NLEX = Südluzon-bzw.Nordluzonautobahn

Ibon – (unabhängige, fortschrittliche Forschungsgesellschaft)

Iohsad = Institute for Occupational Health and Safety, fortschrittliches Institut für Arbeitsmedizin und -sicherheit

CTUHR = Center for Trade Union and Human Rights, Zentrum für Gewerkschafts- und Menschenrechte

EILER = Ecumenical Institute for Labor and Education Research bzw. Ökumenisches Institut für Arbeit und Bildungsforschung, ein der Arbeiter- und Volksbewegung eng verbundenes fortschrittliches Institut

Riles (loses Netzwerk von Pendlern, Arbeitern und Studenten, die gegen die Fahrpreiserhöhung bei der Metro und der Lightrainway und die Privatisierung der Zugsysteme opponieren)

Währungsrelation Euro zu philippinischem Peso (am 01.04.2012 entsprach 1 Euro etwa 56 Pesos, somit bedeutet die Forderung von 125 Pesos mehr in etwa 2,50 € mehr pro Tag), die nächst niedrige Einheit ist der Centavo

Die Bilder stammen von der KMU bzw. der Bulatlat-Homepage. Bulatlat ist ein fortschrittliches Enthüllungsjournalismus-Wochen-Magazin.

02.02.2013

Die KMU verurteilte heute das Andocken eines weiteren US-Atombootes in der früheren US-Marinebasis in Subic Bay in Zambales. Die USA verletzt offenkundig unsere nationale Souveränität und bedroht unsere Umwelt. Sie verurteilte die Regierung Aquino III auch die Aufrechterhaltung des VFA's, welches die USA zur Rechtfertigung ihres ungehinderten Betretens des Landesterritoriums benutzt. Das USS-Cheyenne ist ein atomar getriebenes U-Boot, das laut US-Botschaft das Land für einen „Routinebesuch im Hafen“ erreicht habe. Das U-Boot wird dieselbe Fahrtroute nehmen wie die USS-Guardian, das Minensuchboot,

welches das Tubbataha Korallenriff beschädigt hat. Sie haben noch nicht einmal die USS-Guardian im Tubbataha geborgen, schon kommen sie wieder und mit einem atomar betriebenen Schiff. Sie wurden nicht noch einmal für den von ihnen verursachten Schaden an der Umwelt verantwortlich gemacht, schon kommen sie wieder, stürzen sich arrogant hinein und verletzen die Souveränität unseres Landes, so Labog. Das Problem besteht darin, dass die Aquino-Regierung ein schamloser US-Lakai ist, die damit fortfährt, US-Schiffen zu erlauben, unser nationales Territorium zu betreten und unsere Integrität als souveräne Nation zu unterminieren, so wie es will. Die Einseitigkeit des VFA's als eine Vereinbarung wurde durch den Eintritt der US-amerikanischen Streitkräfte in unser Land und die Marionettenschaft von Aquino enthüllt. Wenn er wirklich ernsthaft den Status des Landes als souveräne Nation annehme, müsste Aquino von dem Zwischenfall von Tubbataha gelernt haben, dass die US-Schiffe eine Bedrohung unserer Umwelt darstellen. Er könnte ein totales Verbot für US-Schiffe verhängen, bis die Untersuchung auf der USS-Guardian abgeschlossen ist. Die Zerstörung unserer Korallenriffe wäre nie aufgedeckt worden, wenn die USS-Guardian dort nicht steckengeblieben wäre. Das neue U-Boot fährt auf derselben Route und wir befürchten, dass weitere Schäden an unserer Umwelt ohne unser Wissen verursacht werden könnten.



04.02.2013

Die KMU forderte heute Gerechtigkeit für den gestrigen Tod von 5 Bauarbeitern in einem Kraftwerk in Pililla, Rizal und verurteilte die Aquino-Regierung und die großen Kapitalisten dafür, dass sie die berufliche Gesundheit und Sicherheit der Arbeiter, insbesondere von denen im Bausektor, nicht einhalten. Eduardo Fiel, Antonio Manguerra, Roberto Mesias, Gregorio Ricalde und Jeffrey Sinag von der East-Western-Corporation starben, als das Baugerüst, auf dem sie standen in einer Höhe von 70 Feet zusammenstürzte. Die Arbeiter befestigten den Schornstein des Kraftwerkes der SPC Malaya Energie Gesellschaft, als der Unfall passierte und noch weitere 12 Andere verletzt worden sind. Der Tod unserer 5 Kollegen ist ein weiterer Beweis für die Verletzung der Sicherheitsrichtlinien durch die großen Kapitalisten im Einverständnis mit der Aquino-Regierung, so Labog. Arbeiter sterben weiter auf Arbeitsplätzen wegen der Fortsetzung der Knusrigkeit der Kapitalisten, wenn es um die Arbeiterrechte und ihre Sicherheit geht. Die Regierung billigt die Verletzung von Sicherheitsrichtlinien an Arbeitsplätzen, auch wenn diese schon zum Tod von Arbeitern geführt haben. Die KMU nahm dabei Bezug auf das Versagen der Regierung, diejenigen zu bestrafen, die für den Tod von 10 Bauarbeitern am 27.01.2011, die auf einem Turm gearbeitet haben, der im Besitz von den Eton Properties Philippines Inc. ist, einer Gründung des Geschäftstycoons Lucio Tan, verantwortlich waren. Sie nahm ebenso Bezug auf die Anordnung des Arbeitsministeriums Nr. 57-04, die Gesellschaften, die mehr als 200 Arbeiter beschäftigen, die Erlaubnis geben, Selbstevaluationen in Bezug auf Gesundheit und Sicherheit der Arbeiter durchzuführen. Der Tod der Bauarbeiter zeigt, wie die Kapitalisten die Anordnung, die Vertragsarbeit legalisiert, für sich zu nutzen, um Arbeitskosten zu reduzieren und Menschenarbeitskraftagenturen beschäftigt, so dass sie sich selbst vor der

Verantwortlichkeit für die Gesundheit und Sicherheit der Arbeiter drücken können. Der Fall der 10 Eton-Arbeiter zeigt wie die Kapitalisten und Arbeitskraftagenturen sich gegenseitig für den Tod der Arbeiter beschuldigen können, ohne dass sie dafür bestraft werden. Vertragsarbeit wird nicht nur dazu benutzt, um das Recht der Arbeiter auf Leben anzugreifen, es bringt sie auch näher an den Tod, ohne dass dafür jemand verantwortlich erklärt wird. Die Aquino-Regierung sagte, dass die Hauptgründe für das hohe Wachstum des Bruttosozialproduktes im Land auf die Aktivität im Bausektor zurück geht. Der Tod der 5 Bauarbeiter erinnert uns an die Art der Jobs, die geschaffen werden, mit denen die Aquino-Regierung so prahlt. Dies sind Jobs, niedrig bezahlt, Kontraktarbeit und gefährlich für die Gesundheit und Sicherheit der Arbeiter. Das philippinische Volk benötigt anständige Beschäftigung, keine prekären Arbeitsplätze wie im Bausektor.

05.02.2013

Einen Tag bevor das Hauskomitee für Arbeit und Beschäftigung (COLE) sein Treffen durchführt, um den Gesetzesentwurf zu den 125 Pesos zu diskutieren, führten Arbeiter und städtische Arme einen **Hauptstadtweiten Lärmprotest am Nachmittag** durch und forderten eine wirksame Lohnerhöhung und protestierten gegen die Preiserhöhungen. Die KMU protestiert gegen die Anhebung des Strompreises um 36 Centavos für eine Kilowattstunde sowie weitere Maßnahmen zur Erhöhung der Strompreiseraten, die bevorstehenden Erhöhungen der Ölpreise und die Pläne zur Erhöhung der Fahrpreise bei MRT und LRT, während der Kongress zugleich in eine Pause geht, ohne das 125-Peso-Gesetz angenommen zu haben. Die Öffentlichkeit muss mehr bezahlen und die reale Kaufkraft der Löhne und Einkommen der einfachen Menschen sinkt, so Labog. Wir wissen, dass nur durch unseren Protest, die Regierung gezwungen werden kann, Vorschläge zur Anhebung der Fahrpreise bei MRT und LRT fallen zu lassen, die Deregulierung zu beseitigen, die Preise der Energie- und Ölindustrie zu kontrollieren und eine signifikante Lohnerhöhung zu verabschieden. Wir rufen die Führung von COLE eine beschlussfähige Anzahl zusammenzubringen und das 125-Peso-Gesetz am letzten Sitzungstag des Repräsentantenhauses anzunehmen. Die Ölpreise im Land steigen obwohl der weltweite Trend nach unten geht. Verschiedene Maßnahmen zur Anhebung der Strompreise werden links und rechts vorgeschlagen, um die Profite der großen Kapitalisten und Zahlungen an ausländische Kreditinstitutionen abzusichern.

05.02.2013

Arbeiter unter der Führung der KMU führten einen **Picketprotest vor der Verwaltung von Meralco (Stromkonzern)** heute morgen durch, verurteilten die kürzliche Preiserhöhung durch den Stromvertreiber sowie andere Profitmachereimaßnahmen und die Fortsetzung der Deregulierungspolitik der Aquino-Regierung bei den Strompreiseraten. Die KMU verurteilte die Anhebung des Kilowattstundenpreises um 36 Centavos, die von Meralco am 10.01.2013 eingeführt worden ist, den Vorschlag der Energiesektor-Vermögens und Verpflichtungs-Management Gesellschaft (PSALM) zur Einführung von einer allgemeinen Aufladung genauso wie Meralco's Vorschlag zur Einführung einer Vorauszahlungsmaßnahme. Sie trugen Plakate, die wie Mobiltelefonbildschirme aussahen. Die Arbeiter sagten, dass die Maßnahmen, die das Ziel hätten, die riesigen kapitalistischen Profite und die Zahlungen für die Schulden von Napocor abzusichern, durch das Stromenergie- Industrie-Reform-Gesetz (EPIRA) von 2001 erlaubt worden sind, und das dieses Gesetz annulliert werden muss. Nach Angaben der KMU muss eine Durchschnittsfamilie, die 200 Kilowattstunden monatlich im Durchschnitt verbraucht, zusätzlich ab diesem Monat 72 Pesos aufgrund der Erhöhung um 36 Centavos und zusätzlich 78 Pesos bezahlen, wenn der Vorschlag von PSALM angenommen wird. Strom ist ein Grundbedürfnis und muss von der Regierung unterstützt werden. Es unterscheidet sich vom Aufladen der Mobiltelefone, was die Menschen für Tage nicht benutzen müssen. Das vorgeschlagene Vorauszahlungssystem mit der Verweigerung von Stromleistungen für diejenigen, die nicht gleich zahlen können, verletzt das Recht der Armen auf ein anständiges Leben, so Roger Soluta. Die KMU fordert von der Aquino-Regierung die Abschaffung von EPIRA, das sie für die hohen Strompreise, die zweithöchsten in Asien, verantwortlich macht.

06.02.2013

Heute haben 1 Tag vor dem letzten Sitzungstag des Repräsentantenhauses bevor die diesjährige Wahlkampagne anfängt, **hunderte von Arbeitern unter der Führung der KMU eine Picketaktion vor dem Batasang Pambansa** durchgeführt, um die Verabschiedung des 125-Peso-Gesetzes einzufordern. Der Arbeiterprotest fällt zusammen mit dem Treffen des Hauskomitees für Arbeit und Beschäftigung, bei der Gesetzentwurf diskutiert werden soll und die Arbeiter hoffen, dass das Gesetz die Zustimmung des Hauskomitees erhält, nachdem das Unterkomitee für Arbeitsgesetze das Gesetz am 18.01.2013 angenommen hatte. Sie rufen die Abgeordneten dazu auf, Stand zu halten gegenüber Präsident Aquino III, der am 1. Mai seinen Widerspruch gegenüber dem Gesetz erklärt hatte. Die Arbeiter führten einen einstündigen Lärmprotest während ihrer Picketaktion durch. Die Annahme durch COLE ist ein Schritt vorwärts zum 125-Peso-Gesetz. Es bedeutet einen Schritt näher, um beraten und im Repräsentantenhausplenum verabschiedet werden zu können, entweder vom 15. oder 16. Kongress, so Labog.

06.02.2013

Wir loben das Komitee des Repräsentantenhauses für Arbeit und Beschäftigung, die das 125-Peso-Gesetz (375) heute bei seinem Treffen angenommen hat. Ebenso loben wir Unterkomitee des Repräsentantenhauses für Arbeitsgesetze, dass diesen Gesetzesentwurf bereits am 18.01.2013 angenommen hatte. Wir rufen dazu auf, das Gesetz umgehend an den Generalsekretär des Repräsentantenhauses weiterzuleiten, damit dieser umgehend einen Vorschlag für die Beratungen und Abstimmung im Plenum unterbreiten kann. Wir rufen den Senat dazu auf, seinen Teil zu tun und Anhörungen durchzuführen und das Gesetz Nr. 1981 zu verabschieden. Dieses entspricht dem Gesetz Nr. 375. Wir sind nicht erleichtert von Versprechungen, dass der Senat sofort zum Gesetz 1981 handeln, sobald der Kongress Nr. 375 angenommen hat, so Labog.

07.02.2013

Wir unterstützen voll und ganz die Forderung der Bauern des Landes an das Hauskomitee für Agrarreform, den Gesetzesentwurf für eine wirkliche Agrarreform (GARB) bei seinem Treffen heute in Nueva Eciya anzunehmen. Das Gesetz will die jahrzehntealten Forderungen der Bauern des Landes für eine wirkliche Landreform angehen. Es will die Monopolisierung der Landwirtschaft durch eine kleine Anzahl von Großgrundbesitzern und multinationalen Konzernen zerstören, die feudale und halb-feudale Ausbeutung beenden, die Produktivität und das Leben der Bauern verbessern und durch die Entwicklung der Landwirtschaft Kräfte für die nationale Industrialisierung freisetzen. In dem Bestreben den Boden an die Bauern kostenlos aufzuteilen, deckt GARB deutlich die Mängel der von den vorangegangenen Regierungen eingeführten bisherigen Landreformprogramme auf. GARB enthält keine Bestimmungen wie das Comprehensive Agrarian Reform Program (CARP, flächendeckendes Agrarreformprogramm) bzw. CARP Extension with Reforms (CARPER, Ausweitung von CARP mit Reformen), bei denen einige Grundbesitzer von der Landreform ausgenommen worden sind. Solche Bestimmungen waren von Großgrundbesitzern und ausländischen Gesellschaften ausgenutzt worden, um ihr Monopole über den Boden aufrechtzuerhalten und jede wesentliche Wirksamkeit von einem Landreformprogramm zu unterminieren. Landreform ist ein solch wichtige Angelegenheit für die Bauern des Landes, die die Mehrheit der Bevölkerung des Landes stellen und für die Filipinos im Gesamten. Sie spielt eine Schlüsselrolle bei der Entwicklung vieler Länder, und ihre Sabotage spielte eine Schlüsselrolle für Unterentwicklung vieler Länder. Das Gesetz verdient die größte Diskussion innerhalb und außerhalb des Repräsentantenhauses. Nicht zuletzt wird GARB diesen Diskussionen Substanz verleihen, so Labog.

08.02.2013

Die KMU kritisierte heute Präsident Aquino III für seine **Beschönigung der Arbeitslosigkeit im Land**. Er ignoriert die größere Darstellung in dem Versuch das Land als sich entwickelnd zu präsentieren. Bezug nehmend auf die Einstellung von Arbeitsangeboten auf der Website Phil-JobNet sagte er, dass es Jobs im Land gibt, aber nur wenige Menschen sich dafür bewerben und dass das Problem in einer Diskrepanz zwischen den verfügbaren Angeboten und den vorhandenen Fähigkeiten der Arbeitssuchenden liege. Der Präsident versucht die Öffentlichkeit in die Irre zu führen. Da gibt es mehr über die Beschäftigungssituation im Land zu sagen als man über eine Website herausbekommen kann und dass nicht nur, weil die Armen und Arbeitslosen einen sehr beschränkten Zugang zum Internet haben, so Labog. Das Wachstum, mit dem Aquino zu prahlen liebt, besteht nicht in der Schaffung von Arbeitsplätzen. Er nimmt Zuflucht zu Halbwahrheiten. Labog nahm dabei Bezug auf folgende Fakten:

- Die Definition der Regierung von Beschäftigung ist sehr breit angelegt und grenzt Leute aus, die wirklich arbeitslos sind. (Nach der Definition der Website von dem Nationalen Statistikbüro (NSO) gilt als beschäftigt, wer jede Arbeit tut, auch wenn sie während der Beobachtungsperiode nur 1 Stunde dauert oder wer ohne Bezahlung auf einem Bauernhof oder in einem Geschäftszentrum von Familienmitgliedern arbeitet usw.)
- Die Regierung hat die Zahl der enttäuschten/demoralisierten Arbeiter aus der Statistik herausgenommen oder solche, die keinen Job haben und auch nicht aktiv danach suchen. Arbeitslos bedeutet für die Regierung, solche die arbeitslos sind und sich aktiv um Arbeit bemühen (dieser Wechsel in der Definition wurde unter Gloria Macapagal-Arroyo vorgenommen.)
- Bezugnehmend auf eine Untersuchung der ILO vom Juli 2012 gab es 5,59 Millionen Kinderarbeiter im Land, nicht zu erwähnen das Fehlen von Jobs für ihre Eltern und das Fehlen ausreichender Einkommen aus diesen Jobs
- Eine Studie des NSO's vom Juni 2012 deckte auf, dass die Anzahl der Überseearbeiter von 2 Millionen im Zeitraum April-September 2010 auf 2,2 Millionen in dem selben Zeitraum im Jahr 2011 gestiegen ist.

Aquino ignoriert auch die Tatsache, dass die verfügbare Jobs im Land meistens niedrig bezahlt, Kontraktarbeit, Zeitarbeit sind und Grundrechte der Arbeiter verletzt werden.

11.02.2013

Die KMU nahm heute **Stellung zu Informationen, wonach die Untersuchungsergebnisse des Nationalen Büros für Untersuchungen (NBI) über den Atimonan Angriff vom 06.01.13 zunächst von dem Vorstandssekretär, Pacquito Ochoa, überprüft wurden**, bevor sie für die Öffentlichkeit freigegeben worden sind. Ochoa ist Vorsitzender der Präsidentenkommission gegen das organisierte Verbrechen, die eine Geheimoperation gegen den angeblichen Jueteng-Betreiber (Glücksspiel), Victor Siman genehmigte, bei der dieser und 12 weitere ums Leben kamen und für die 100.000 Pesos freigegeben worden sind. Warum hat Ochoa, der in den Überfall verwickelt war den NBI-Bericht überprüft? Die Öffentlichkeit kann sich anders helfen als zu denken, dass die Aquino-Regierung ein Weißwaschprogramm gestartet hat, so Labog. Das ist ein weiterer Sargnagel in Aquinos Rhetorik vom „geraden Weg“. Viele Menschen glauben, dass der Atimonan Angriff einem Jueteng-Syndikat nützt, das Rivale von Siman in einem Bandenkrieg ist. Ochoa sollte ein Objekt der Untersuchung werden. Er muss viel erklären. Die Öffentlichkeit glaubt, dass er mit den Jueteng-Syndikaten verbunden ist. Er muss erklären, warum die Geheimoperation, die von seiner Behörde autorisiert worden ist, mit einem Überfall und dem Tod von 13 Menschen endete. Der Anti-Jueteng Kreuzritter Erzbischof Oscar Cruz sagte, dass Jueteng Morde gewöhnlich im Stillen ausgeführt werden. Der Atimonan-Überfall ist eine seltene Ausnahme, ein Hinweis dafür, dass die Summe des Geldes und der Macht, die dahinter steckt, riesig ist. Es fühlt sich so an, als ob das Land immer noch unter der

Herrschaft von Präsident Estrada steht. Öffentliche Spitzen-Funktionäre sind in illegale Glücksspiele verwickelt und denken, sie könnten davon kommen.

11.02.2013

Als **Bestandteil der internationalen One-Billion-Rising-Kampagne gegen die Gewalt an Frauen**, haben heute Morgen Arbeiterfrauen und städtische Arme einen Tanzprotest vor dem Camp Aguinaldo durchgeführt und verurteilten die gefälschten Vorwürfe gegen Aktivisten. Im Besonderen verurteilten sie die gefälschten Anklagen gegen Amelita Gamara und Roy Velez (KMU-Funktionäre). Die Anklagen, die benutzt werden, um die illegale Gefangennahme und Inhaftierung von Randy Vegas und Raul Camposana (COURAGE-Organizer) zu rechtfertigen, beziehen sich auf einen Überfall der NPA vom 29.04.12 in Labo, Camarines Norte. Das Erstellen von gefälschten Anklagen ist eine der beliebtesten Taktiken der Aquino-Regierung. Sie zielt darauf ab, die Aktivitäten von Aktivisten, die beschuldigt werden, zu lähmen und Furcht unter ihren Kameraden zu verbreiten, auch wenn ihr das nicht gelingt, so Nenita Gonzaga. Die Arbeiterfrauen und städtischen Armen protestierten auch gegen die Anklagen wegen öffentlicher Störung gegen 8 Führer/innen der 5.000 Teilnehmer starken Straßenblockade von Bewohner/innen am 15.01.13 in Compostela Valley.

**ONE BILLION RISING
PHILIPPINES**

ILOILO Baguio City Davao City
BICOL Tomas Morato, QC LAGUNA
Dumaguete City Bacolod City CEBU

STRIKE | DANCE | RISE! 02.14.13

Gabriela
WOMEN'S PARTY

END POVERTY AND VIOLENCE

12.02.2013

Am **1. Tag der Wahlkampagne für die Wahlen 2013** forderten Arbeiter die Ausführung einer Entscheidung des SC's in ihrem Fall und begleiteten Senatskandidat Teddy Casino auf seinem Weg zum Senat. Sie sagten, Arbeiter wie sie benötigten den Sieg von arbeiterfreundlichen Kandidaten wie ihm. Mehr als 50 Arbeiter der nicht mehr bestehenden Times Transport Gesellschaft (TTCI), die eine Ausführung der SC-Anordnung vom Februar 2005 einfordern, wonach sie wieder eingestellt und vor enthaltene Löhne ausbezahlt werden

müssen, begleiteten Casino auf seinem Weg von der Vito Cruz Station der LRT zur Taft Avenue. Im letzten November waren die Arbeiter, die Klagen gegen die illegale Entlassungen durch ihren Arbeitgeber 1999 gestellt hatten, von Vigan, Ilocos Sur zum Büro der Nationalen Arbeitsbeziehungskommission (NLRC) in der Stadt Quezon marschiert und forderten diese Agentur dazu auf, die SC-Entscheidung umzusetzen. Teddy Casino steht fest auf Seiten der Arbeiter, auch in Angelegenheiten, die öffentlich nicht so bekannt sind. Arbeiter und andere marginalisierte Sektoren benötigen einen wie ihn im Senat, so Labog.. Wir werden eine umfassende Kampagne für ihn durchführen. Der Arbeitsschlichter im NLRC hatte sich geweigert, die Ausführung der SC-Entscheidung in der Times-Angelegenheit anzuordnen, und verschiedene Gruppen haben als 3. Partei Ansprüche auf die Eigentümer der gelöschten Fabrik erhoben. In der Times Arbeiter-Angelegenheit wurde die Gerechtigkeit verzögert und verweigert. Und was noch schlechter ist, verschiedene Gruppen haben die Gelegenheit genutzt, um Gerechtigkeit für die Arbeiter permanent hinauszuzögern. Die KMU rief die Arbeiter des Landes und die Armen auf, den Arbeiterführer Crispin Beltran als Standard zur Bewertung für die Wahlkandidaten zu benutzen. Er diente beständig den Armen, war mit Leib und Seele dabei und war ehrlich. Dieser Standard kam aus unseren Reihen.

12.02.2013

Die Filipinos werden müde die Sprüche der Regierung über Wechsel und Entwicklung anzuhören und davon nichts zu fühlen, so Labog. Er reagierte damit auf die jüngste Erhebung von Pulse Asia, wonach die Zufriedenheitsrate mit der Politik von Aquino um 12% von November 2012 auf die zweite Hälfte im Januar 2013 gesunken und die Anzahl, die sich nicht dazu entscheiden können um 28% gestiegen ist. In der genannten Zeitspanne gab es den Medienrummel von der Aquino-Regierung über das Wachstum des Bruttosozialproduktes entgegen der weitverbreiteten Arbeitslosigkeit und den steigenden Preisen, den Aufprall der USS-Guardian auf das Tubbataha Korallenriff und die desaströsen Hilfsnahmen der Regierung beim Taifun Pablo in Süd Mindanao. Außerdem fand die Kontroverse um die Auszahlung von Milliarden Pesos an Senatoren durch den Senatspräsident Juan Ponce Enrile, der Atimonan-Überfall und der Rückgang der Zahlungen der Überseearbeiter wegen des schwachen Dollars statt. Die Rhetorik von Aquino über Wechsel und Wachstum kann die Realität der sich verschärfenden Bedingungen nicht verdecken: Arbeitslosigkeit, Armut und Hunger für die Mehrheit des Volkes. Mehr und mehr Menschen sind enttäuscht über die Pro-US, pro-kapitalistische, pro-Großgrundbesitzer und volksfeindliche Politik. Die Fäulnis an der Spitze wird stärker deutlich. Die Menschen sind verärgert darüber, dass der Senatspräsident das Geld des Volkes als Bonus an Senatoren verteilt hat und dass es so scheint, als ob der Vorstandssekretär in illegale Glücksspiele verwickelt ist, wodurch das das an Kreditwürdigkeit verspielt wird, was der früherer Präsident Estrada 2000 hinterlassen hat. Aquino fährt fort, von einem Phantasieland zu sprechen, während das Volk immer tiefer und tiefer in Armut versinkt. Das Fallen von der Zufriedenheitsrate wird weitergehen aufgrund der Verbindung mit der Beharrlichkeit der Regierung, eine Politik umzusetzen, die die großen ausländischen Kapitalisten und die Elite des Landes zu bevorzugen und dabei scheitert, den Armen sofortige Entlastung zu geben. Aquino denkt, er könnte die weltweite und örtliche Wirtschaftskrise durch Propagandatricks überstehen. Die Meinungserhebungen zeigen, dass er damit falsch liegt.

13.02.2013

Arbeiter unter der Führung der KMU beteiligten sich heute Morgen an einer Protestkarawane der PISTON Parteiliste zu den Gesellschaften der drei großen Ölkonzerne und verurteilten die neueste Runde von Preiserhöhungen bei Petroleumprodukten. Zum zweiten Mal in diesem Monat erhöhten gestern Morgen Petron, Shell und Flying V den Literpreis für Benzin, Diesel und Kerosin um 1,20 Pesos und von Normalbenzin um 1,10 Pesos. Die Arbeiter verurteilten auch den Energieminister Carlo Jericho Petilla für die Verteidigung dieser Preiserhöhungen und dessen Feilbieten von Lügen, mit denen er sie rechtfertigt, indem er behauptet, dass sich die USA noch nicht von der Wirtschaftskrise und den Spannungen im Mittleren Osten erholt habe. Diese sind jedoch zu frisch, um schon eine Wirkung auf die Ölpreise zu

haben, so Labog. Die 3 Ölkonzerne zeigen erneut ihre unersättliche Gier nach riesigen Profiten. Im letzten Jahr hatten sie hohe Profite und sie erwarten für dieses Jahr einen weiteren Anstieg. Die Ölkonzerne geben bekannt, dass sie die Anhebung von Preisen durch Twitter oder Textbotschaften an die Medien geben werden, und alles was die Aquino-Regierung tut, ist sie zu verteidigen. Es ist empörend, wie die Regierung handelt, wenn die profitgierigen Konzerne darauf vertrauen können, einen Preis für ein Verbrauchsgut zu erzielen, dass grundlegend für die Wirtschaft ist. Auf dem Hintergrund des weiterhin schwachen Dollars und der Beharrlichkeit der Weltwirtschaftskrise sollten die Gesellschaften eine Preissenkung und keine Preiserhöhung vornehmen. Was geschieht im Pufferbestand der Weltölkonzerne und der großen 3? Warum berufen sie sich kürzliche Neuigkeiten, um ihre umgehend die Preise zu erhöhen, während sie mit dem Pufferbestand eine lange Zeit abdecken könnten?

13.02.2013

Arbeiter unter der Führung der KMU beteiligten sich heute Morgen an einer Demonstration vor dem internationalen Konferenzzentrum in der Stadt Pasay und verurteilten die Lügen und der armenfreundlichen Politik, die beim der Jahresend-Wirtschaftsberatung diskutiert wird. Sie hat das Thema „Gute Regierung ist gute Wirtschaft: Investitionsgradstatus erreichen“ und will die politischen Maßnahmen diskutieren, mit denen das Land in der Lage ist, den Investitionsgradstatus für Kreditratingagenturen, insbesondere Standard & Poors zu erreichen. Wir erwarten, dass die Aquino-Regierung ihre Lüge von der Entwicklung des Landes auffrischt und sich für eine Politik einsetzt, die den Hunger und die Armut im Land verschärft hat. Ihr Ziel ist die Liberalisierung, Privatisierung und Deregulierung der Wirtschaft zu intensivieren, um die Kreditratingagenturen und die großen Kapitalisten, die dahinter stehen, zu befriedigen, so Roger Soluta. Die Regierung handelt so, als ob wir noch in den 1990ern wären, verkauft „Philippinen 2000“ an die Öffentlichkeit. Wir haben aber schon 2013 und die Erfahrung des Landes mit Liberalisierung, Privatisierung und Deregulierung war sehr desaströs. Diese Politik verursachte das große Leiden unter der Mehrheit unserer Bevölkerung. Die KMU kritisierte auch die Unterwürfigkeit von Aquino III gegenüber den Diktaten der Kreditratingagenturen. Kreditratingagenturen wie Standard & Poors sind Instrumente der großen ausländischen Kapitalisten, um Länder wie die Philippinen als Quellen für Rohmaterialien, billige Arbeit und Anlegeplatz für überschüssiges Kapital und Güter zu behalten. Sie bringen die Länder dazu, für höhere Einstufungen der Kreditwürdigkeit zu kämpfen, indem diese eine Politik umsetzen, die schlecht für diese Länder, aber gut für die großen ausländischen Kapitalisten ist. Mit ihrer Kumpanei mit den großen Kapitalisten, insbesondere im Finanz-, Versicherungs- und Immobiliensektor sind sie verantwortlich für die Verschlechterung und Beschleunigung der Explosion der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise im Jahr 2008. Sie gaben Schwindelhypothesen hohe Kreditbewertungen, auch wenn dies schon aufgedeckt war und zeigten deutlich, dass sie den großen Kapitalisten dienen und nicht der Öffentlichkeit. Die KMU kritisierte die Beratung auch wegen des Plans, Mindanao als „Größe, Einwohnerfundament und ...reichen Naturressourcen“ an große ausländische Kapitalisten zu verkaufen.

19.02.2013

Die KMU kondolierte den Familien und Freunden von 7 Bergarbeitern, die am 13.02.13 bei einem Berggrutsch an einem Abbaustandort in Caluya, Antique und bei einem Berggrutsch am 16.02.13 an weiteren Abbaustandort in Poro, Cebu starben. Wir rufen zur Gerechtigkeit für unsere Kollegen auf. Wir werden solange kämpfen, bis die dafür Verantwortlichen bestraft worden sind. Wir werden damit fortfahren die Unterstützung der Aquino-Regierung für den großflächigen Bergbau und die Missachtung des Lebens der Arbeiter und ihrer Sicherheit zu verurteilen und sich dagegen zur Wehr zu setzen. Wir werden unseren Kampf für ein Ende des großflächigen Bergbaus im Land intensivieren, so Labog. Die großen Bergbaukonzerne sind notorisch knausrig, wenn es um Maßnahmen für die Sicherung des Lebens und der Sicherheit der Arbeiter geht. Sie versuchen immer, ihren Profit durch die Reduzierung der Arbeitskosten zu maximieren – entweder bei den Löhnen und Zulagen oder den Sicherheitsmaßnahmen.

Mit Blick auf die Berggrutsche, die unsere Kollegen töteten, stellen wir folgende Fragen:

Wurde der Schmutz, der umgegraben und von dem Bergbaustandort entfernt wurde, weit vom Krater genug platziert? Wurde eine Studie vorgenommen, um die Bedingungen zu bestimmen, die zum Kollaps des Abbaustandortes geführt hat? Wurden Vorbeugungsmaßnahmen durchgeführt?

So lange wie der Bergbau betrieben wird, um die Superprofite zu maximieren, glauben wir nicht an eine Sache wie „Verantwortlichen Bergbau“. Der großflächige Bergbau plündert die Ressourcen des Landes aus, zerstört die Umwelt, greift Arbeiterrechte an und gefährdet die Leben und Sicherheit der Arbeiter.

20.02.2013

Die KMU **wiederholte heute ihren Aufruf für einen Volksprotest infolge der Annahme der Strompreiserhöhung um 19,38 Centavos pro kWh durch die Energieregulierungskommission**. Dies erhöht die Summe der Rechnung um 40 Pesos für einen typischen Haushalt, der 200 kWh pro Monat verbraucht und wird aufgliedert als allgemeine Gebühr. Das ist nicht für den aktuellen Verbrauch, sondern für die Profite der großen Kapitalisten im Energiesektor, die durch die Privatisierungspolitik der Regierung garantiert werden. Die Erhöhung wird benutzt zur Zahlung der sog. festliegenden Vertragskosten, der Differenz zwischen den Zahlungsverpflichtungen von Napacor mit den Unabhängigen Energieproduzenten (IPP) und dem Kauf von der Vertragsenergie von den IPPs. Diese Strompreiserhöhung ist ein weiterer Grund in der 3. Woche im März einen Volksprotest durchzuführen, so Labog. Die Preise werden erhöht auf Kosten ihres künstlich verknappten Marktes, der Öffentlichkeit. Wir wurden künstlich verknappert wegen der Monopolisierung einer öffentlichen Versorgung, die grundlegend für unser tägliches Leben ist. Daten von der Energievermögens- und Verpflichtungsmanagementgesellschaft zeigen, dass Danding Cojuango, die Lopez- und Aboitiz-Familien (gehören zur reichsten Elite des Landes, Anm. des Übersetzers) IPP-Verträge und Kraftwerke besitzen, durch die die Energieerzeugungskapazität des Landes geschaffen wird. Wir rufen die Arbeiter, Armen und die Öffentlichkeit auf, große Proteste in ihren Gemeinden und Arbeitsstellen in der 3. Woche im März durchzuführen. Nur durch unsere Proteste haben wir eine Chance, die ständigen Preiserhöhungen bei den Ölpreisen, Energie und Wasser zurückzuschlagen. Nachdem die Ölpreise zum vierten Mal in diesem Monat gestern erhöht worden sind, ruft die KMU zu **einem Volksprotest gegen die Überteuering in der Ölindustrie, den Energie- und Wasserpreisen und die Privatisierungspolitik der Regierung, die in den öffentlichen Krankenhäusern durchgeführt wird**, auf.

20.12.2013

Solidarität mit dem Generalstreik der Menschen und des Volkes von Indien am 20. Und 21.02.2013

Die KMU erklärt ihre wärmestSolidarität mit den Arbeitern und dem Volk von Indien, die am 20. und 21.02.13 einen Generalstreik gegen die Angriffe auf die Rechte und den Lebensunterhalt der Arbeiter und des Volkes und gegen die imperialistische Globalisierung durchführen werden. Wir gratulieren allen Arbeitern und den Gewerkschaftszentren in Indien, die eine breite Einheit geschmiedet haben und einen kämpferischen Protest zur Verteidigung der Rechte der Arbeiter und des Volkes und ihres Lebensunterhaltes durchführen werden. Dieser Protest ist eine gute Gelegenheit, um die Massen der Arbeiter und des Volkes millionenfach über die Wurzeln dieser Angriffe zu informieren – den Imperialismus und die reaktionären Regime, die ihm dienen. Viele der Angriffe, mit denen die Arbeiter und die Völker der Welt konfrontiert sind, stammen von der neoliberalen Politik, die durch den Imperialismus und seinen verbündeten Regierungen seit den 1970er Jahren eingeführt worden ist, als die Überproduktionskrise erneut zum Vorschein kam. Die neoliberale Politik, wie auch immer, intensiviert nur die Überproduktionskrise und beschleunigte ihren Ausbruch, während die Imperialisten sich weiter bereichern konnten. Nun sind wir mit der schlimmsten Krise des kapitalistischen Weltsystems seit der Großen Depression von 1930 konfrontiert. Dies ist die Eruption einer Überproduktionskrise, die beim Imperialismus angesiedelt ist, den Hunger, die Armut und das Leiden in der Welt verschärft. Die Imperialisten und ihre Verbündeten, fahren wie auch immer damit fort, sich an ihrer neoliberalen Politik

festzuklammern. Sie gaben den großen Banken und Konzernen Bürgschaften als die Krise ausbrach und nun laden sie Krisenlasten auf den Rücken der Arbeiter und Völker der Welt mit verschiedenen Maßnahmen ab. Als ein Ergebnis davon, gehen die Arbeiter und Völker von unterentwickelten Ländern wie Indien und den Philippinen direkt von der Bratpfanne ins Feuer. Fahren wir fort damit, uns zu erheben, zu organisieren, die Massen der Arbeiter und Völker millionenfach zu mobilisieren im Kampf für ihre dringendsten Interessen – für eine wirkliche Lohnerhöhung, die Zahlung von Zulagen, reguläre Beschäftigung, den freien Gebrauch der Gewerkschaftsrechte, ebenso für anständige Wohnungen, bezahlbare Gesundheitsversorgung und andere soziale Dienstleistungen, für Landreform und die Aufrechterhaltung der Rechte gegen Repression und Militarisierung. Wir rufen dazu auf, was noch wichtiger ist, sich zu erheben, zu organisieren, die Massen der Arbeiter und Völker millionenfach für einen grundlegenden sozialen Wandel zu mobilisieren – für nationale Unabhängigkeit, Demokratie und Sozialismus in ihren jeweiligen Ländern. Wir rufen dazu auf, gegen die Ursachen der Angriffe auf ihre Rechte und den Lebensunterhalt zu kämpfen, sie aufzudecken und eine neue Welt zu schaffen, wo die Arbeiter und die unterdrückten Massen die politische Macht haben und zum Vorwärtsbringen ihrer Interessen ausüben.

Lang leben die Arbeiter und das Volk von Indien!

Lang lebe der Generalstreik vom 20. Und 21. Februar 2013!

Lang lebe die Arbeitereinheit für die kämpferische Aktion!

Nieder mit den Angriffen auf die Rechte und den Lebensunterhalt der Arbeiter und Völker!

Nieder mit dem Imperialismus und allen Reaktionären!

20.02.2013

Die Arbeiter im Privatsektor bezahlten die meisten Beiträge in den philippinischen Gesundheitsfond. Wir verurteilen Präsident Aquino III für die **Vergabe von Versicherungskarten des PhilHealth-Fonds, um Senatoren bei den Wahlen zu unterstützen**. Die Verteilung der Versicherungskarten in dieser Art und Weise ist eine Form des parteilichen Wahlkampfes. Er benutzt das Geld der Arbeiter und der Öffentlichkeit für parteiliche Zwecke. Aquino privatisiert die staatlichen Krankenhäuser des Landes und ist nicht wirklich bezogen auf die Gesundheit der Armen. Er verteilt die Versicherungskarten nur aus Wahlkampfzwecken. Es ist erbärmlich, dass der Vorsitzende der Wahlkommission (Comelec), Sixto Brillantes Jr. die Verteilung der PhilHealth-Karten für Wahlkampfeinsätze durch Senatoren der Regierung verteidigt. Der Comelec-Vorsitzende verliert alle Vortäuschungen von Neutralität und Objektivität. Er zeigt, dass er auf der Seite des Präsidenten und den Verwaltungswetten steht, so Labog.

22.02.2013

Die KMU nimmt Stellung zu dem Aufruf von Präsident Obama zu einer Erhöhung des Mindestlohnes in seiner Erklärung zur Lage der Nation vom 13.02.2013 und kommentiert dies:

Sie sollte als ein Weckruf an die Gesetzesmacher und Präsident Aquino III dienen. Ob nun der Aufruf von Obama von der Gesetzgebung in den USA aufgegriffen wird oder nicht, er zeigt zugleich, dass der Mindestlohn in der reichsten Nation der Welt und dem mächtigen Land über Dekaden unterdrückt worden ist und eine sofortige und signifikante Regulierung benötigt wird. Er ist ein Ausdruck davon, dass die Forderung nach einer wirksamen Lohnerhöhung, um die signifikanten Preissteigerungen bei Grundgütern und Dienstleistungen in den letzten Jahren auszugleichen, unter den Arbeitern und dem Volk der USA, die einen Lebensstandard haben, der höher ist als der der Filipinos, wächst. Bezugnehmend auf das Informationsblatt des Weißen Hauses würde eine Anhebung des stündlichen Minimallohnes von 7,25 \$ auf 9,00 \$ bis zum Ende 2015 zur höchsten Inflation seit 1981 unter Präsident Reagan führen. Verteidiger der Arbeiter in den USA argumentieren dagegen, dass wenn der 9,00 \$ Mindestlohn in diesem Jahr eingeführt würde, der Inflationswert 2 % niedriger wäre wie beim Stand von 1960. Obamas Stellungnahme ruft nach Aufmerksamkeit wegen der Tatsache, dass der Mindestlohn in den Philippinen seit Jahren hinter

den Lebenshaltungskosten in steigendem Maß zurückbleibt. Obama ist kein arbeiterfreundlicher Präsident. Er hat sich fortwährend für die Voranbringung der Interessen der Finanzoligarchie und der Monopolkapitalisten in den USA eingesetzt. Er wurde zu dem Aufruf nur durch den Protest der Arbeiter und des Volkes in den USA dazu gezwungen. Er zielt darauf ab, die Strömung der Ungeduld und des Protests im Land aufzuhalten, die durch die wachsende Arbeitslosigkeit und den fallen Lebensstandard mitten in der aktuellen schweren Wirtschaftskrise hervorgerufen worden ist. Wir werden in den kommenden Wochen und Monaten unsere Proteste für eine wirkliche Lohnerhöhung intensivieren. Wir rufen Präsident Aquino dazu auf, das 125-Peso-Gesetz als dringendes Hausgesetz zu unterzeichnen und das 2-Stufen-Lohnsystem abzuschaffen. Wir rufen ebenso die Leitung des Repräsentantenhauses und des Senats dazu auf, eine Dringlichkeitssitzung einzuberufen, um die dringendsten und lange fälligen Gesetze zu verabschieden, so Labog.

22.02.2013

Die KMU verurteilte heute das Management des Philippinischen Meeres-Institutes (PMI) der Stadt Tagbilaran, Bohol unter der Führung von Frau Rizabel Cloma-Santos wegen der Zerstörung der Arbeitergewerkschaft in der Schule, in dem sie Gewerkschaftsfunktionäre gekündigt hat. Am 15.01.13 wurden sechs Gewerkschaftsfunktionäre der PMI Fakultäts- und Angestellten Gewerkschaften, einer Verbündeten der NAFLU-KMU, von ihrer Arbeit ohne klare Begründung entlassen, nachdem die Gewerkschaft am letzten Mittwoch einen Streik eingeleitet hatte. Die 6 Kollegen/innen wurde sofort am folgenden Tag das Betreten des Schulgeländes untersagt. Die Kündigung erfolgte nach Jahren von rechtlichen Auseinandersetzungen und den Protesten der Angestellten wegen der Nichteinführung der automatischen Auszahlung der Erlöse der 70% Studiengebührenerhöhung, der Weigerung, die Einrichtung eines Fakultätsentwicklungsfond zu gewähren, Mitteljahreszulagen zu zahlen, ungleicher Verteilung der Arbeitslasten auf die Lehrerangestellten, der Weigerung, ein Beschwerdeverfahren einzuführen, die Angestellten einzugruppieren und Schikanen. Die Angestellten des PMI-Bohol Colleges haben jeden Grund, zu streiken. Das PMI-Management zerstört eindeutig die Gewerkschaft, mit der Absicht die Angestellten vom Kampf um ihre berechtigten Forderungen abzuhalten, so Labog. In Kumpanei mit der Regierung hat das Management jahrelang seinen Angestellten verweigert, was ihnen zusteht. Nun steigert es seine Angriffe. Wir rufen die Arbeiter und die Öffentlichkeit zur Unterstützung der PMI-Fakultät und seiner Angestellten auf. Die kapitalistische Pädagogin hinter dem PMI tyrannisiert eindeutig die Lehrer und Angestellten, die ihren Reichtum geschaffen haben. Sie sollte umgehend die Wiedereinstellung der Gewerkschaftsführer anordnen und den Forderungen der Angestellten Rechnung tragen. Nachdem die Gewerkschaft PMIFEU- NAFLU-KMU am 16. Januar 2013 ihren Streik angekündigt hatte, wurde das Sicherheitspersonal des PMI-Bohol-Colleges verstärkt und die Führer des Studentenrates mit einer Anweisung davor gewarnt, den Streik der Angestellten zu unterstützen.

23.02.2013

Die KMU verurteilte heute einen Raubüberfall auf ein Büro eines seiner Föderationen. Dies sei ein Teil der Überwachungs- und Schikanierungsmaßnahmen durch die Aquino III-Regierung. Am 21. Februar 2013 wurde das Büro des Bündnisses der nationalen und wahrhaften Arbeiterorganisationen (ANGLO) in der Stadt Quezon beraubt. 2 Kabinen des Büros wurden gewaltsam aufgebrochen und eine USB-Festplatte wurde mitgenommen. ANGLO ist ein Föderation der KMU, aus der auch der bekannte Arbeiterführer Crispin „Ka Bel“ Beltran entstammt. Wir verurteilen diese Schikane und Überwachungsmaßnahme, die als Einbruch und Diebstahl maskiert wird. Die Aquino-Regierung wird immer verzweifelter, in dem sie Überwachungs- und Schikanemaßnahmen gegen ihre Kritiker durchführt, so Henry Jueca, Präsident von ANGLO. Der Kampf für Gewerkschaftsrechte ist kein Verbrechen, auch wenn die Aquino-Regierung das so behandelt. Von März 2012 bis zur letzten Woche hat die Menschenrechtsorganisation Karapatan und die Dachorganisation Bayan 12 Fälle dokumentiert, bei denen in Häuser von Aktivisten und Friedensaktivisten sowie in Büros von fortschrittlichen Organisationen eingebrochen worden ist und bei denen Laptops, USB-

Sticks, Videokameras und ähnliches gestohlen worden ist. Ebenso gab es Überwachungen von bekannten Persönlichkeiten und Mitgliedern dieser Organisationen. Die Aquino-Regierung führt genauso wie die Arroyo-Regierung eine systematische Kampagne gegen Aktivisten und Regierungskritiker durch, so Labog. Oplan Bayanihan zielt ab auf Aktivisten und Gewerkschafter, die im Rahmen des bestehenden Rechts arbeiten. Es wird benutzt, um zu versuchen, Regierungskritiker gegen die wachsende Armut, den Hunger und Arbeitslosigkeit im Land zum Schweigen zu bringen. Wir erwarten, dass die Regierung in den kommenden Wochen weitere Angriffe gegen Aktivisten und Kritiker durchführen und diese als wahlbedingte Gewalt verdecken wird. Sie liegt vollkommen falsch damit, wenn sie meint, dass sie damit die Aktivisten, die die Stimmen der wachsenden Unzufriedenheit aus dem Volk zum Ausdruck bringen, zum Verstummen bringen wird.



25.02.2013

Arbeiter und städtische Armen begangen heute Nachmittag unter der Führung der KMU den 27. Jahrestag des Edsa 1 Aufstands (damit wurde die faschistische Marcos-Diktatur zum Abdanken gezwungen, Anm. des Übersetzers) mit einem **Marsch zur US-Botschaft** und forderten den umgehenden Abzug der US-Truppen aus dem Land. Die KMU nahm dabei Bezug auf den Zusammenstoß der USS-Guardian mit dem Tubbataha Korallenriff, der Verklappung von giftigen Abfällen in den Meergewässern des Landes und dem Eintritt von atomgetriebenen U-Booten. Sie forderte die Abschaffung des Visting Forces Agreement, mit dem die USA und die Aquino-Regierung die Intensivierung der US-Militärpräsenz im Land rechtfertigen. Wir wollen, dass die US-Truppen das Land verlassen. Sie verursachen Schäden an unserer Umwelt, treten die Souveränität des Landes mit Füßen, mischen sich in interne Angelegenheiten des Landes ein und begehen Verbrechen gegen die Filipinos, ohne dafür bestraft zu werden, so Roger Soluta. Die KMU erklärte ihre Unterstützung für die Schritte der Senatorinnen Loren Legarda und Miriam

Defensor-Santiago, das Auflaufen der USS-Guardian auf dem Tubbataha Riff zu untersuchen und weisen das Angebot von Außenminister John Kerry für eine Ausgleichszahlung zu dem Zwischenfall zurück. Keine Summe des Ausgleichs, wie schnell und wie hoch sie erfolgen möge, kann uns davon abhalten, Gerechtigkeit und Bestrafung zu verlangen. Die Regierung feiert die Wiederherstellung des US-gestützten Elitedemokratie im Land und gibt nur ein Lippenbekenntnis zum Heldentum der Arbeiter und des Volkes während und nach Edsa 1 ab.



26.02.2013

Arbeiter unter der Führung der KMU beteiligten sich heute Morgen an einem **Picketprotest vor dem Sozialen Wohlfahrt- und Entwicklungsministerium in der Stadt Quezon** und verurteilten es und die Aquino-Regierung für das Versagen bei der Bereitstellung von Hilfe für die Bevölkerung von Compostela Valley, die von dem Supertaifun Pablo im Dezember 2012 massiv betroffen worden sind. Sie verurteilten das Ministerium, weil es nicht den Forderungen nach Überlebensgütern und -dienstleistungen der 5000 Teilnehmer/innen starken Straßenbarrikade der Compostela-Bewohner/innen am 15.01.13 Rechnung getragen hat und für verschiedene Fälle von Korruption bei den Hilfsmaßnahmen des Ministeriums einschließlich seiner Verweigerung, 18 Milliarden Pesos an Spenden auszuteilen und seinen überbezahlten Schlafbaracken für die Taifun-opfer. Ebenso verurteilten sie die Erstellung von Anklagen gegen die Anführer der Straßenbarrikade vom 15.01.13 und die Intensivierung der Militarisierung in der Region. Anstatt Hilfsgüter und -dienstleistungen an die Menschen von Compostela Valley und Süd-Mindanao zu liefern, gebraucht die Aquino-Regierung Unterdrückungsmaßnahmen. Was die Arbeiter und das Volk in Süd-Mindanao getroffen hat, war nicht nur eine gewöhnliche Katastrophe, es sind auch bereits 3 Monate vergangen und sie leiden immer noch unter der Vernachlässigung durch die Regierung, so Roger Soluta. Ihre Antwort auf die Zerstörungen durch den Taifun Pablo stimmt mit der Privatisierung der staatlichen Krankenhäusern, dem Nichthandeln gegenüber den Ölpreiserhöhungen und der Verweigerung einer substantiellen Erhöhung der Löhne überein. Die Arbeiter forderten die sofortige Freigabe von 10.000 Säcken Reis, die schon bei der Straßenbarrikade am 15.01.13 gefordert worden waren, die Verfügung für eine sechsmonatige Bereitstellung von Hilfsmaßnahmen und Rehabilitationsdienstleistungen, die umgehende Bestrafung von Funktionären des Sozialministeriums, die in Korruption verwickelt sind und die Amtsenthebung der Sozialministerin Dinky Soliman. Sie verurteilten ebenso die fortgesetzte Umsetzung des Oplan Bayanihan in Mindanao, und sie forderten die Aufhebung der Bergbau- und Abholzungs-genehmigungen für die großen Gesellschaften in Compostela Valley und Davao Oriental. Kein Täuschungsversuch und Unterdrückung können den Protest der verhungerten Menschen, die von der Regierung, die vorgibt ihnen zu dienen, sitzen gelassen wird, aufhalten. Die Rückkehr des Bergbaus und der Abholzaktionen ist nicht das, was die Menschen in Mindanao benötigen. Sie brauchen eine wirkliche Landreform, die ihren Ernährungsbedürfnissen dient. Wir sind verärgert darüber, dass Aquino und seine Regierung ihre Wahlkampagne fortsetzt, ohne die Bedürfnisse der Pablo-Opfer anzugehen, so Soluta.

26.02.2013

Die KMU **verurteilte heute die Wahlkommission für die Vorbereitung von Anklagen gegen zwei fortschrittliche Parteilisten wegen angeblichen illegalen Plakatierungsaktionen** und sagte, dass die Wahlbehörde fortschrittliche Listen schikaniert während sie regierungstreuen Listen erlaubt, die Wahlregeln zu verletzen, ohne dafür bestraft zu werden. Sowohl die Piston- als auch Kabataan-Parteiliste sagen, dass sie die Wahlkommissions (Comelec)-Regeln erfüllt hätten und dass die Wahlbehörde Beweise präsentieren soll, dass ihre Plakate in verbotenen Zonen aufgehängt worden seien. Comelec bedroht fortschrittliche Parteilisten, die sich einer wachsenden Unterstützung der Öffentlichkeit erfreuen. Sie will, dass regierungsfreundliche Kandidaten die Wahlen 2013 dominieren, so Labog. Comelec hat traditionellen Politikern, insbesondere regierungsfreundlichen erlaubt, leicht verschleierte Anzeigen im Fernsehen schon vor der Wahlkampagne schalten zu lassen. Jetzt geht sie gegen am Rande stehende Gruppen vor, die keine großen Ressourcen haben, um im Fernsehen Anzeigen zu starten und die nur Plakate als Wahlmaterial besitzen. Comelec hat Präsident Aquino III verteidigt, als er Gesundheitskarten (wahrscheinlich sind Krankenversicherungskarten gemeint, der Übersetzer) für die Wahlkampfeinsätze der Senatoren der Regierungsadministration verteilte. Jetzt greift sie Parteilisten wegen angeblicher Wahlverletzungen an, die keine öffentlichen Gelder benutzen. Am letzten Montag gab Vorsitzende von Comelec, die Anwältin Esmeralda Amora-Ladra bekannt, dass ihre Behörde Anklagen gegen Piston und Kabataan vorbereitet, weil diese Parteilisten versagt hätten, Plakate von den Wänden des Philippinischen Generalkrankenhauses zu entfernen, nachdem ihnen das angeordnet worden war. Die Wahlbehörde ist streng und nicht nachsichtig gegenüber Parteilisten, die beschuldigt werden, die Wahlregeln zu verletzen. Ihre Unterstützung für die herrschende Politik im Land ist unverkennbar.

27.02.2013

Die KMU **verurteilte heute die Reaktion der Regierung auf die Proteste und die organisierte Beschlagnahmung**, die von Opfern des Supertaifuns Pablo in der Verwaltung des Ministeriums für soziale Wohlfahrt und Entwicklung in Davao gestern durchgeführt worden ist. Die Regierung benutzt Formangelegenheiten, um den Opfern Hilfsgüter vorzuenthalten. Nachdem hungrige und verärgerte Pablo-Opfer in das Büro des Ministeriums in der Stadt Davao eingebrochen und gewaltsam die Hilfsgüter beansprucht hatten, gab die Wohlfahrtsministerin Dinky Soliman in den Medien bekannt, dass die Hilfsgüter an die Opfer des Taifuns „Crising“ ausgeteilt worden seien, dass es begründet war, dass ihr Ministerium den Anspruch auf die Güter abzulehnen und dass die Protestaktion politisch motiviert gewesen sei. Das ist ein Eingeständnis, dass die Opfer von Pablo nicht mehr in den Gedanken der Ministerin sind. Dinky dämonisiert die Opfer von Pablo, in dem sie die Opfer des Taifuns Crising angibt, während das Ministerium eigentlich den Bedürfnissen von beiden Opfergruppen Rechnung tragen müsste, so Roger Soluta. Dinky beharrt auf ihren Maßgaben als ob es nicht mehr als einen Monat her wäre, dass sie den Opfern von Pablo 10.000 Sack Reis versprochen hätte. Ihre Stellungnahme als politisch motiviert. Sie versucht verzweifelt die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit von dem Versagen der Aquino-Regierung, den Opfer des Taifuns ausreichende Hilfe zukommen zu lassen, abzulenken. Sie weigert sich, anzuerkennen, dass die Pablo-Opfer sehr hungrig und verärgert über die Untauglichkeit der Regierung sind. Die KMU kritisierte auch die gewaltsame Auflösung des Protests gestern Nachmittag ebenso wie Solimans Androhung von der Erstellung von Anklagen gegen die Führer des Protests. Es ist eindeutig, dass es das Ziel war, die Menschen gewaltsam ruhigzustellen. Dinky, der unterstellt wird, sie repräsentiere die teilnahmevolle Seite als Wohlfahrtsministerin, behandelt den Vorfall nur als Verbrechen. Sie weigert sich, anzuerkennen, dass die Opfer nicht so wie gestern gehandelt hätten, wenn die Regierung ihnen wirkungsvoll und umgehend geholfen, um ihren Bedürfnissen Rechnung zu tragen.

28.02.2013

Die **wachsende Forderung nach einer Erhöhung des Mindestlohnes in den USA, die vor kurzem die Unterstützung durch Präsident Obama in seiner Erklärung zur Lage der Nation** erhalten hat, sollte als Weckruf für die philippinischen Gesetzgeber (Abgeordnete) und Präsident Aquino dienen, so Labog. Es ist eine Schande für Aquino III, dass er die Forderung der Arbeiter nach einer wirksamen Lohnerhöhung in mitten der nachhaltigen Krise ignoriert, während das reichste Land der Welt bereit ist, solch einer Forderung Rechnung zu tragen. Der Lebensstandard der philippinischen Arbeiter ist offensichtlich niedriger als das ihrer entsprechenden Kollegen in den USA. Bezugnehmend auf den jüngsten Bericht der Internationalen Arbeitsorganisation ILO beträgt der Stundenlohn im philippinischen Produktionssektor nur 1,40 US \$, lediglich 6% des Stundenlohns eines US-amerikanischen Arbeiters. Sowohl der philippinische als auch der US-amerikanische Arbeiter leiden unter der Verschärfung der Ausbeutung und den in die Höhe schießenden Preisen. Der Gewerkschaftsführer betonte auch, dass Obama kein arbeiterfreundlicher Präsident ist. Er hat beständig die Interessen der Finanzoligarchen und der Monopolkapitalisten in den USA voran gebracht. Er wurde nur durch die Proteste der Arbeiter und des Volkes in den USA gezwungen, die Forderung aufzugreifen. Die KMU wird die Proteste für eine wirkliche Lohnerhöhung in den kommenden Wochen und Monaten intensivieren.